

Zwei „Puma“ in freier Wildbahn: Waffentestgelände von Rheinmetall in Unterlüß in Niedersachsen
Foto: Holger Hollemann/dpa



„Kriege werden durch Waffenexporte verschärft“

Der Rüstungskonzern Rheinmetall produziert und testet Waffen auf dem Gelände in Unterlüß in der Südheide. Der Historiker Reinhard Rohde wirft dem Unternehmen vor, dass diese Waffen in Kriegsgebiete exportiert würden. Bundesweit mobilisieren Aktivisten nun zu einer Protestaktion

Von Carlotta Kurth

taz: Herr Rohde, was stört Sie an den Panzern auf dem Rheinmetall Gelände in Unterlüß?

Reinhard Rohde: Uns stört, dass dort Kriegswaffen hergestellt werden. Und, dass sie in Länder exportiert werden, die sich, wie zum Beispiel Saudi-Arabien, im Krieg mit Jemen befinden, oder in die Türkei, die im letzten Jahr einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Afrin in Nordsyrien geführt hat. Konflikte und Kriege werden durch Waffenexporte nicht verhindert, sondern verschärft.

Wie kommt es, dass so wenige dagegen protestieren?

Eigentlich ist es so, dass Proteste gegen deutsche Rüstungskonzerne zunehmen und immer mehr öffentliche Beachtung finden. Initiativen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands sind schon dabei. Kassel, Düsseldorf, Stuttgart, Berlin, aber es fokussiert sich eben. Hier hat Rheinmetall einen seiner größeren Produktionsstandorte.

Was genau ist Ihre Rolle – Sie führen nur auf oder protestieren auch mit?

Ich bin Teil des Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“, das sich vor einem Jahr schon zusammengeschlossen hatte, um in Unterlüß das Friedenscamp und die Demonstration zu machen, und nachdem das vergleichsweise erfolgreich war, hat das Bündnis beschlossen, es dieses Jahr zu wiederholen.

Inwiefern war es letztes Jahr erfolgreich? Gab es eine Reaktion von Rheinmetall?

Der Erfolg misst sich in sozialen Bewegungen ja daran, dass Initiativen und Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichem Hintergrund sich bündnisfähig zeigen, um einen Protest herzustellen. Das ist uns eigentlich gut gelungen. Rheinmetall selbst fährt aktuell eine Strategie des Nicht-zur-Kennis-Nehmens. Sie bescheiden unsere Aktion.

Wenn es letztes Jahr keine Reaktion von Rheinmetall gab, denken Sie nicht, dass es dieses Jahr wieder so sein wird?

Ja, aber wir wollen ja sowieso nicht, dass sich der Rheinmetall-Chef ins Camp begibt und anfängt, mit uns zu diskutieren. Das ist nicht Ziel der Sache. Ziel ist, mit den Leuten, die dabei sind, und den Aktionen, die man macht, Diskussion anzustoßen. Dass Rheinmetall weiterhin Waffen produzieren will, das werden wir nicht ändern können. Das ist keine Frage von unseren Überredungskünsten, sondern die Künste müssten darin bestehen, in der Gesellschaft die Kräfte, die gegen Krieg sind, so zu stärken, dass etwa die nächste Bundesregierung Rüstungsexportrichtlinien dahingehend verschärft, dass bestimmte Geschäfte, die Rheinmetall macht, nicht mehr möglich sind. Rheinmetall soll auf lange Sicht gesehen entwaffnet werden.

Was genau läuft denn auf diesem Gelände ab?

Der Standort Unterlüß besteht dort, mit Unterbrechungen der kurzen Nachkriegszeit, seit über 100 Jahren. Die Schießanlage dort ist das größte private Test- und Versuchsgelände in Deutschland. Zum anderen ist es eine Produktionsstätte, wo zum Beispiel Kettenfahrzeuge wie der „Marder“ oder das Kanonenrohr des Leopard-Panzers hergestellt werden.

Wie bekommt man das Geschehen auf dem Gelände als Anwohner mit?

In der Region verursacht es Lärm. Aber es ist ja so, dass Rheinmetall der größte Arbeitgeber vor Ort ist, der auch dafür sorgt, dass Gewerbesteuer fließt. Im Unterschied zum Rest der deutschen Bevölkerung wird man hier keine Zweidrittel-Quote haben von Menschen, die dagegen sind, Rüstung zu exportieren.

Was ist mit all den Leuten, die ihren Job verlieren würden, wenn es schärfere Richtlinien gäbe?

Unser Interesse ist ja nicht, dass Leute arbeitslos werden, sondern die Politik zu ändern. Rheinmetall hat ja auch eine große Automobilierteilsparte und könnte sich auf eine Umstellung der Produktion vergleichsweise problemlos einlassen.

Also, dass die Arbeitnehmer einfach umgeschult werden?

Ja, das ist in Unterlüß ja schon zwei Mal passiert, dass sie nach den Kriegen keine Rüstung mehr produzieren durften. Was haben sie gemacht? Sie haben Schreibmaschinen oder Fotoapparate hergestellt. Ich will nicht sagen, dass das jetzt neue Renner wer-

den könnten. Aber das sind natürlich High-Tech-Arbeitsplätze in Unterlüß. Das sind gut ausgebildete Leute, die von heute auf morgen im Bereich regenerativer Energien oder Elektromobilität arbeiten könnten. Das ist nicht deren Problem.

Wer kommt da zusammen, um zu protestieren?

Es ist ein im Kern norddeutsches Bündnis mit Ausläufern nach Berlin, Kassel, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart. Es ist also keine lokale Veranstaltung, sondern überregional.

Wie läuft das Camp ab?

Der Startschuss ist Sonntag. Dann wird aufgebaut: Zelte, Toiletten, Küche. Danach gibt es für die nächsten sieben bis acht Tage unterschiedliche Workshops, Vorträge und Kulturveranstaltungen. Freitag soll es eine Blockade geben, Samstag findet dann die Demonstration statt. Wir hoffen, dass die Menschen zusammenkommen, die Infoangebote wahrnehmen und es zu Aktionen kommt.



Reinhard Rohde, 63, ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er beschäftigt sich mit der Geschichte und den Geschäften des Rüstungskonzerns Rheinmetall.

Protestcamp gegen Rheinmetall

Rheinmetall hat ein 50 Quadratkilometer großes Gelände im niedersächsischen Unterlüß. Hier werden Panzer getestet und produziert.

KriegsgegnerInnen mobilisieren unter dem Motto „Rheinmetall entwaffnen“ bundesweit zu einem Protestcamp: Vom 1. bis 9. September sind dabei in Unterlüß Aktionen geplant.

Heute um 18.30 Uhr informiert Reinhard Rohde im Walsroder Kulturzentrum „Mittendrin“ über das Camp und Rheinmetall.

südwesten

Keiner ist sicher

Anwohner*innen eines Hauses am Hamburger Schanzepark beklagen sich: „Aggro-Hörnchen“ (Mopo) kämen aus dem nahe gelegenen Park. Eine Bewohnerin berichtet über eine Invasion eines Nagers in ihre Wohnung. Als das Eichhörnchen nur auf dem Balkon herumspaziert, habe sie es noch ganz putzig gefunden. Doch dann drang das Tier in die Wohnung ein, stahl Trauben und Nüsse. Und: Es kotete dann auf das Sofa. Seitdem lebt die Frau in Angst und Schrecken. Die südwesterin versteht das und würde gegen die Eichhörnchen-Flut und Nagerisierung des Abendlandes mobilisieren. Allerdings sind die Eichhörnchen heimisch, es gilt daher der Tierschutz.

LehrerInnen fürchten zu viel Arbeit

In Niedersachsen sollen 1.900 neue LehrerInnen eingestellt werden. Das reiche nicht, sagen Gewerkschaft und Verband

Kurz vor Beginn des Schuljahres hat die Erziehungsgewerkschaft GEW die vom niedersächsischen Kultusministerium avisierte Anstellung von 1.900 neuen LehrerInnen als unzureichend kritisiert. Nach Ansicht der GEW werden schon jetzt mindestens 2.500 neue LehrerInnen benötigt. Auch der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL) blickt mit Sorge auf das neue Schuljahr und befürchtet Lehrermangel an Haupt-, Real- und Oberschulen.

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) will am Mittwoch die aktuellen Einstellungszahlen zum Start des Schuljahres bekanntgeben. Laut Ministerium waren Ende der Woche von rund 1.900 ausgeschriebenen Stellen 1.690 besetzt.

GEW-Landeschefin Laura Pooth verwies darauf, dass Schulen im ländlichen Raum und in Brennpunktsiedlungen viele ihrer Stellen nicht besetzen könnten. „Eine Oberschule in Bückeburg hat vier Stellen ausgeschrieben und keinen einzigen Bewerber.“ Generell seien für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen zu wenige Bewerbungen eingegangen. In der Folge habe das Land erneut Stellen umgewidmet und vermehrt GymnasiallehrerInnen eingestellt.

Pooth erwartet daher, dass es wieder Abordnungen von GymnasiallehrerInnen an andere Schulformen geben wird – etwa so viele wie im vergangenen Schuljahr. „Dabei hatte der Kultusminister angekündigt, dass er die Abordnungen

reduzieren will.“ Da die Bereitschaft vieler LehrerInnen zurückgehe, Abordnungen hinzunehmen, geschehe dies immer häufiger gegen ihren Willen. „Im Bereich Lüneburg werden sogar Personalräte abgeordnet, das ist ein rechtswidriges Verfahren.“ In anderen Fällen würden BerufsanfängerInnen nach der Einstellung an eine andere Schule geschickt. Auch VNL-Landesvorsitzender Torsten Neumann sieht diese Form der Aushilfe kritisch. „Abordnungen, in der Regel nur stundenweise, sorgen für Unruhe und Belastungen.“

Pooth erneuerte ihre Forderung, das Land müsse die LehrerInnen an Grund-, Haupt- und Realschulen finanziell mit Studienräten an Gymnasien gleichstellen. (dpa)